

Bildungspolitikerin will handyfreie Schulen

Social Media Die Grünliberale Sandra Bothe-Wenk sorgt sich um das psychische Wohl von Basler Schülern.

Smartphones sind fester Bestandteil unseres Alltags. Das trifft auch bei Jugendlichen zu, von denen laut Zahlen des Bundes 97 Prozent über ein eigenes Smartphone verfügen. Bei Kindern zwischen 6 und 13 Jahren liegt die Zahl bei rund 50 Prozent. Mindestens neun von zehn Jugendlichen verfügen darüber hinaus über ein eigenes Profil in sozialen Medien wie Tiktok oder Instagram.

Immer wieder warnen Expertinnen und Experten vor den Folgen der frühen Nutzung sozialer Medien und Chats. Aktuell sorgt das Buch «Generation Angst» des amerikanischen Sozialpsychologen Jonathan Haidt für Schlagzeilen. Das Buch, in dem der Autor die Zunahme psychischer und sozialer Probleme bei jungen Menschen auf die Nutzung von Smartphones und sozialen Medien zurückführt, hat auch die Basler Bildungspolitikerin Sandra Bothe-Wenk aufgeschreckt.

«Die ständige Onlinepräsenz und der Druck, auf sozialen Plattformen zu interagieren, verursachen emotionale und kognitive Überlastungen, die sowohl die psychische Gesundheit als auch zwischenmenschliche Beziehungen massiv beeinträchtigen», schreibt sie in einem aktuellen politischen Vorstoss.

Keine einheitlichen Regeln

Weil der Sozialpsychologe Haidt zum Schluss kommt, dass die Abstinenz von sozialen Medien das einzige wirksame Mittel gegen die daraus resultierenden



Handy statt Gespräch: Schweizer Jugendliche während einer Schulfahrt im Jahr 2021. Foto: Simon Glauser

Störungen sei, plädiert die Basler Politikerin jetzt für eine smartphonefreie Schule in Basel-Stadt. Die Schulen seien verpflichtet, die Gesundheit der ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen zu schützen, argumentiert die Grünliberale, die selbst in einem Kindergarten mit angegliederter Tagesstruktur tätig ist. Und tatsächlich zeigen Zahlen und Gespräche mit Fach-

leuten, dass schon Kinder über Chats und soziale Medien mit Cybermobbing, Gewaltvideos und härtester Pornografie konfrontiert werden.

Bisher gibt es zu Smartphones im Kanton keine einheitliche Regelung. Gaudenz Wacker, Sprecher des Erziehungsdepartements, beschreibt die Situation so: «Die einzelnen Primarschulen treffen individuelle Regelun-

gen zum Gebrauch – das liegt in der Teilautonomie der Schulleitungen. Dasselbe gilt für die Sekundarschulen, wo der Gebrauch von Smartphones aufgrund des Alters der Schülerinnen und Schüler naturgemäss noch viel mehr ein Thema ist.» Auch die Sekundarschulen würden den Umgang mit Handys unterschiedlich handhaben. «Je nach Standort darf das Handy zum Beispiel

im ganzen Schulgebäude nicht verwendet werden oder es darf etwa nur über Mittag in der Tagesstruktur gebraucht werden. Klar ist, dass das Handy nirgends den Unterricht stören darf.»

Digitalisierung überdenken?

Bothe-Wenk möchte nun auf politischem Weg eine einheitliche, restriktive Regelung erreichen. In einem ersten Schritt will sie vom Regierungsrat wissen, ob und wann dieser bereit wäre, «eine smartphonefreie Volksschule umzusetzen». Ausserdem fragt sie sich, ob das aktuelle Präventionsangebot an den Schulen zum Thema soziale Medien und einer übermässigen Nutzung des Smartphones ausreicht – und ob die Digitalisierungsstrategie an den Schulen vor dem Hintergrund neuester Erkenntnisse sinnvoll sei oder grundsätzlich überdacht werden müsse.

Die Vermittlung des Umgangs mit digitalen Geräten, speziell mit Smartphones und Social Media oder Chats, habe einen grossen Stellenwert an den Basler Schulen, sagt Gaudenz Wacker dazu. Entsprechend sei der Unterricht in diesem Bereich zuletzt ausgebaut worden: Seit dem laufenden Schuljahr 2023/24 ist der Themenbereich «Medien und Informatik» neu ein eigenständiges Fach in den 5. und 6. Primarschulklassen. Ab dem kommenden Schuljahr werde dieser Themenbereich auch auf Sekundarstufe weiter gestärkt.

Nina Jecker